

**POSTULAT** von Erhard Bernet (NA, Zürich)

betreffend eine Initiative des Standes Zürich zur Rechts- und Sicherheitspolitik des Bundes

---

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die einen Vorstoss des Kantons Zürich beim Bund zum Inhalt hat: Der Kanton soll beim Bund vorstellig werden, damit die ausländischen Delinquenten, die von unseren Gerichten mit Zuchthaus bestraft werden, ihre Strafe in ihrem Herkunftsland verbüssen müssen, damit die Zahl der Verbrecher und dessen Abbüsung der Strafe in einer Grössenordnung stabilisiert, oder sogar vermindert, die es dann den Bezirken und dem ganzen Kanton Zürich mit aktuellem Gefängniszellen-Mangel und fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten erlaubt, die ihr zugewiesenen schweizerischen Straftäter in menschenwürdiger Form ihre Strafen verbüssen zu lassen und nachher zu betreuen. Ferner soll der Kanton beim Bund darauf hinwirken, dass jeder Ausländer, der mit Zuchthaus bestraft wird, sofort ausgewiesen wird.

Erhard Bernet

Begründung:

Wir haben zu viele ausländische Delinquenten, die mit Zuchthaus bestraft werden müssen und viel zu wenig Plätze in unseren Gefängnissen und Zuchthäusern. Dass in diesem Problemkreis ein dringender Handlungsbedarf besteht, beklagt sich seit langem auch unsere Justizministerin Frau Hedy Lang. Das vorliegende Problem ist ein Fall, der das Instrument der Standes-Initiative voll rechtfertigt. Die Kapazität der Gefängnisse und Zuchthäuser in den Bezirken und im Kanton, reichen nicht aus zur Bewältigung der immer weiter ansteigenden Zahl von Verbrechern und Schwerverbrechern. Es ist sicher im Sinne der Rechts- und Sicherheitspolitik unseres Staates, wenn das Parlament des grössten Schweizer Kantons diesen Notstand im Vollzug zum Ausdruck bringt und eine Aenderung der Sicherheits- und Straf-Verbüsungspolitik des Bundes anregt.